

Kommentierte Tagesordnung Landtagssitzung November 2017

TOP 1

a) Aus Anlass des 25-jährigen Bestehens des SED-Unrechtsbereinigungsgesetzes hat die CDU-Fraktion eine Aktuelle Debatte beantragt. Sie will damit die Gelegenheit nutzen, die Erinnerung an geschehenes Unrecht, politische Verfolgung und Repression in der Sowjetischen Besatzungszone und der DDR aufrechtzuerhalten. Je nach Definition wird die Zahl der politischen Häftlinge in der DDR auf 180 000 bis 280 000 Menschen geschätzt.

b) Die Rehabilitierung politischer Verfolgung dürfe kein Verfallsdatum haben, heißt es in einem Antrag der Koalitionsfraktionen von CDU, SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN. Darin wird die Landesregierung gebeten, eine gemeinsame Bundesratsinitiative der neuen Bundesländer zur Novellierung der SED-Unrechtsbereinigungsgesetze zu unterstützen.

TOP 2

Mit dem Gesetzentwurf der Landesregierung wird dem Staatsvertrag über die Organisation eines gemeinsamen Akkreditierungssystems zur Qualitätssicherung in Studium und Lehre an deutschen Hochschulen (Studienakkreditierungs-Staatsvertrag) vom 1. Juni 2017 zugestimmt. Nach Beratung empfiehlt der Ausschuss für Wirtschaft, Wissenschaft und Digitalisierung, den Gesetzentwurf in vorliegender Form anzunehmen.

TOP 3

Die Koalitionsfraktionen von CDU, SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN setzen sich mit einem Antrag für die Stärkung der Wissenschaftsfreiheit der Fachhochschule Polizei Sachsen-Anhalt ein. Damit würde der Standort attraktiver für Personal und Auszubildende. Gleichzeitig solle geprüft werden, ob engere Kooperationen mit den Hochschulen des Landes hilfreich sein könnten.

TOP 4

Die AfD-Fraktion setzt sich mit einem Antrag dafür ein, den Riesen-Bärenklau konsequent zu bekämpfen. Die Landesregierung soll aufgefordert werden, umgehend die rechtlichen, finanziellen und personellen Voraussetzungen dafür zu schaffen. Beim Riesen-Bärenklau handelt es sich um eine invasive Pflanzenart, die eigentlich aus dem Kaukasus stammt. Mittlerweile hat sie sich auch in Sachsen-Anhalt ausgebreitet und kann bei Berührung zu verbrennungsähnlichen Erscheinungen auf der Haut führen.

TOP 5

Auf Antrag der Fraktion DIE LINKE soll die Landesregierung aufgefordert werden, dem Parlament noch vor Jahresende einen Nachtragshaushalt für 2017 und 2018 vorzulegen. Nach der jüngsten Steuerschätzung zeichneten sich deutliche Mehreinnahmen ab. Diese sollten dringend für wichtige Zukunftsinvestitionen genutzt werden, so DIE LINKE, zum Beispiel in den Bereichen Bildung, Kinderbetreuung, ÖPNV und Breitbandausbau.

TOP 6

Die Fraktion DIE LINKE hatte im Mai eine Große Anfrage zur „Entwicklung der Altersrenten in Sachsen-Anhalt“ gestellt. Dabei ging es unter anderem um die Fragen, wie hoch die derzeitige durchschnittliche Rente in Sachsen-Anhalt ist und wie die

Landesregierung die Entwicklung bis 2030 einschätzt. Die Antworten auf diese und andere Fragen liegen nun vor und werden im Plenum diskutiert.

TOP 7

Rente mit 67, höhere Besoldung, Wiedereinführung der Jahressonderzahlung – das sind einige der Kernpunkte des Gesetzentwurfs zur Änderung dienstrechtlicher Vorschriften. Der Ausschuss für Finanzen führte kürzlich eine öffentliche Anhörung dazu durch und empfiehlt nun dem Landtag, den Gesetzentwurf anzunehmen.

TOP 8

Der Ausschuss für Inneres und Sport empfiehlt dem Landtag, den vorliegenden Gesetzentwurf anzunehmen. Dabei geht es um die Organisation und Einrichtung eines gemeinsamen Kompetenz- und Dienstleistungszentrums der ostdeutschen Länder und Berlin. Das Zentrum soll in erster Linie den verfassungsrechtlichen Anforderungen einer effizienten und effektiven Telekommunikationsüberwachung gerecht werden.

TOP 9

Mit dem Gesetzentwurf der Landesregierung sollen die obengenannten norddeutschen Bundesländer zukünftig im IT-Bereich der Steuerverwaltungen enger zusammenarbeiten. Mit dem Staatsvertrag werden die rechtlichen Rahmenbedingungen für die Begründung dieser länderübergreifenden gebündelten Verfahrensbetreuung festgelegt.

TOP 10

Die AfD-Fraktion legt einen Gesetzentwurf zur Änderung des Kommunalverfassungsgesetzes vor. Der Entwurf trage den von der AfD-Fraktion in der Enquete-Kommission „Stärkung der Demokratie“ identifizierten Defiziten auf kommunaler Ebene Rechnung. So sollen beispielsweise die Quoren für Bürgerbegehren deutlich gesenkt werden.

TOP 11

Der Abschlussbericht der im Dezember 2016 eingesetzten Enquete-Kommission „Stärkung der Demokratie“ ist fertig und wurde an Landtagvizepräsident Wulf Gallert übergeben. Die Ergebnisse des Berichtes werden nun auch im Plenum vorgestellt und diskutiert.

TOP 12

„Gigabit-Anschlüsse überall im Land ermöglichen“ – unter diesem Titel setzt sich die Fraktion DIE LINKE dafür ein, die umfangreichen Fördermittel für den Breitbandausbau an den Einsatz einer durchgehenden Glasfasertechnologie zu koppeln. Denn nur diese sei in der Lage, den steigenden Bedarf an symmetrischen Down- und Upstreambandbreiten zu bewältigen.

TOP 13

„Sexuelle Belästigung ist nicht zu tolerieren“ – lautet ein Antrag der Fraktion DIE LINKE. Darin setzt sie sich für noch mehr Gleichberechtigung unter den Geschlechtern ein. Zudem soll die Landesregierung darstellen, wie derzeit eine geschlechtergerechte Sensibilisierung in Sachsen-Anhalt stattfindet, um sexueller Belästigung und sexualisierter Gewalt vorzubeugen.

TOP 14

Die Fraktion DIE LINKE will mit einem Antrag verdeutlichen, wie wichtig die richterliche Unabhängigkeit für einen Rechtsstaat ist. Hintergrund ist ein Anruf von Justizstaatssekretär Böning bei einer Richterin am Landgericht Magdeburg. Dabei soll er versucht haben, den Termin für eine Verhandlung zu verändern.

TOP 15

Die Fraktion DIE LINKE setzt sich mit einem Antrag für die Überarbeitung und Fortschreibung der entwicklungspolitischen Leitlinien für Sachsen-Anhalt aus dem Jahr 2000 ein. Seither habe sich viel auf dem Gebiet verändert. So wurden beispielsweise die Millenniumsziele durch die Nachhaltigkeitsziele abgelöst. Nach einer Analyse des Ist-Zustands sollten daher zentrale Aktivitäten des Landes aktualisiert werden.

TOP 16

„Null Toleranz für ausländische Gewalttäter an Schulen des Landes“ lautet der Titel eines Antrags der AfD-Fraktion. Darin fordert sie die Landesregierung auf, eine Datenbank einzurichten, deren Ziel die statistische Erfassung, Katalogisierung und Beschreibung sämtlicher Gewalttaten von ausländischen Schülern ist.

TOP 17

Die Fraktion der AfD fordert in einem Antrag den Rücktritt des Grünen-Abgeordneten Sebastian Striegel aus der Parlamentarischen Kontrollkommission. Im Rahmen einer Aktuellen Debatte über eine Hausbesetzung der Linken Szene in Halle habe Striegel eine Rechtsauffassung offenbart, der ideologische Einfärbungen zugrunde liegen, so die AfD-Fraktion. Dies lasse eine objektive Einschätzung von Recht und Unrecht unmöglich erscheinen.

TOP 18

Mit einem Antrag der AfD-Fraktion soll die Landesregierung aufgefordert werden, den „Missbrauch des Gesundheitssystems zu verhindern und die Interessen der deutschen Versicherten zu wahren“. Unter anderem sollen „nur anerkannte Asylberechtigte in den Genuss des vollen Leistungsanspruchs aus der gesetzlichen Krankenversicherung kommen“.

TOP 19

Die mögliche Wende im Todesfall des Asylbewerbers Oury Jalloh in einer Dessauer Polizeizelle im Jahr 2005 bedarf juristischer und parlamentarischer Klärung, ist die Fraktion DIE LINKE überzeugt. Der Landtag solle daher beschließen, gemäß Artikel 53 Abs. 3 der Landesverfassung, dass unverzüglich alle Akten zu diesem Fall dem Ausschuss für Recht, Verfassung und Gleichstellung vorgelegt werden. Das ARD-Magazin „Monitor Extra“ hatte berichtet, dass Oury Jalloh vermutlich getötet wurde.

TOP 20

Wie in jedem Sitzungsmonat haben die Abgeordneten des Landtags von Sachsen-Anhalt auch im November die Möglichkeit, sich in der Fragestunde mit ihren Kleinen Anfragen direkt an die Minister/in der Landesregierung zu wenden.

TOP 21

Der Ausschuss für Recht, Verfassung und Gleichstellung empfiehlt dem Landtag, zu den obengenannten Verfassungsgerichtsverfahren keine Stellungnahme abzugeben.